



**POLIZEI OFFENBURG GEIZT AUS "NEUTRALITÄTSGRÜNDEN" MIT
NÄHERER AUSKUNFT**

Sinzheim (Schwarzwald): Nackte Afrikanerin ohrfeigt Passantin

Von EUGEN PRINZ | Wer schon immer mal grund- und kostenlos von einer unbedeckten Schwarzen geohrfeigt werden wollte, war am Donnerstag Vormittag im [Ortszentrum von Sinzheim](#) goldrichtig. Dort flanierte gegen 9.30 Uhr eine 43-jährige, dunkelhäutige Grazie nackt und laut schreiend auf dem Marktplatz und ohrfeigte eine Passantin, die sich ihr in den Weg stellte (im Video bei 0:23 min). Es dauerte nicht lange, bis dieses Spektakel eine Menge dankbarer Zuschauer gefunden hatte. Damit auch die etwas jüngeren in den Genuss ihres Revuekörpers kommen konnten, machte die Dame auch noch einen Abstecher auf den Pausenhof der angrenzenden Lothar-von-Kübel-Grundschule.

Schwierigkeiten bei der Festnahme

Bei der schwäbischen Polizei kam das offenbar nicht ganz so gut an, daher rückten Beamte des Polizeipostens Baden-Baden-Oos mit mehreren Streifenfahrzeugen aus, um das Model festzunehmen. Dieses Vorhaben erwies sich jedoch als nicht

ganz einfach, weil die Gute trotz intensiver Bemühungen der einfühlsamen Beamter nicht zu beruhigen war. Daher musste das Problem mit einem Paar Handschellen gelöst werden. Mittels einer Wolldecke wurde anschließend die Sittsamkeit der Göttin mit dem Alabasterkörper wieder hergestellt. Und damit so etwas nicht so schnell wieder passiert, ging es ab in eine psychiatrische Fachklinik, unter Polizeibegleitung, versteht sich.

Ein Hoch auf die Pressestelle des Polizeipräsidiums Offenburg

Und jetzt wird es Zeit für eine Lobeshymne auf die Pressestelle des Polizeipräsidiums Offenburg, die für diesen schwierigen Fall zuständig ist. Von dort war zu erfahren, dass bei dem Vorfall zwei Passanten aus nicht näher erläuterten Gründen leicht verletzt wurden.

Nun, die Gründe hierfür können im Beitragsvideo besichtigt werden. Insofern erfahren PI-NEWS Leser also wieder einmal mehr, als die Polizei preisgibt. Aber auch sonst ist diese „Pressestelle“ ein herausragendes Beispiel für eine Fehlbenennung. Als der Autor dort anrief, um einige Details zu erfragen, wurde er gebeten, eine schriftliche Anfrage zu stellen. Dies tat er dann auch:

„Bitte beantworten Sie mir folgende Fragen:

Handelt es sich bei der Frau um eine Deutsche, schon länger in Deutschland lebende Ausländerin oder um eine Asylbewerberin?

Falls eine der letzten beiden Punkte zutrifft, aus welchem Land kommt sie und wie lange ist sie bereits in Deutschland?

Wie ist der gegenwärtige Aufenthaltsstatus?“

Dann die Antwort der Pressestelle:

„Den Vorfall können wir Ihnen gerne bestätigen.

Für Informationen zum Sachverhalt können Sie mir gerne anrufen.“

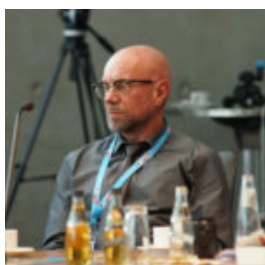
Das tat der Autor dann auch gerne und rief die „mir“ an. Bei

dem Telefonat erklärte dann jedoch die Pressesprecherin, dass sie aus „Neutralitätsgründen“ (was immer das auch bedeuten mag) keinerlei Auskünfte zu den gestellten Fragen erteilen könne. Warum sie das nicht gleich per Email mitgeteilt hat, bleibt klügeren Leuten als dem Autor vorbehalten zu verstehen.

Teurer Spass für die Steuerzahler

Als nächstes stellt sich die Frage nach dem Motiv für die Ohrfeigen. Handelte es sich um die gerechte Strafe für jene, die dumm genug waren, eine Regierung zu wählen, die alle und jeden unkontrolliert ins Land lässt? Wäre wünschenswert, ist aber wenig wahrscheinlich. Im Vordergrund steht wohl eine psychische Erkrankung, die – wie wir alle wissen – bei diesem Personenkreis sehr, sehr selten vorkommt. Das Dumme für den Steuerzahler ist, dass der Aufenthalt in einer psychiatrischen Fachklinik im Monat mit knapp 10.000 Euro zu Buche schlägt und es bei solchen Psychosen gerne zu Rezidiven kommt.

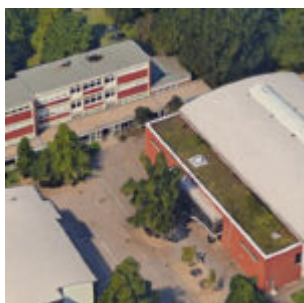
Falls es sich bei unserer schwarzen Lady um eine „Schutzsuchene“ handelt, was nicht ganz unwahrscheinlich ist, wird sie dem hart arbeitenden deutschen Schlaf-Michel noch eine Menge Geld kosten. Aber dem Finanzminister fällt schon etwas ein. Die CO2-Steuer ist ein heißer Tipp. Dieseln für die Klapse, heißt es dann...



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien

in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Wegen schlechter Noten: Migrant plante Hammermord an Lehrer

Von EUGEN PRINZ | Erhebungen aus dem Jahr 2017 zufolge hat jeder dritte der türkischstämmigen Bevölkerung in Deutschland [keinen Schulabschluss](#). Das bedeutet, dass die Betroffenen weder ordentlich schreiben, noch lesen, noch rechnen können. Auch sonst liegen türkischstämmige Migranten, was die Bildung angeht, deutlich unter dem Durchschnitt der indigenen Bevölkerung. Ähnliches gilt auch für [Moslems im Allgemeinen](#). Über die Gründe hierfür könnte man einen eigenen Artikel schreiben, doch das bleibt einem anderen Tag vorbehalten.

Schulversagen: Schuld ist immer die Lehrkraft

Ihr Ehrbegriff und der damit verbundene Männlichkeitswahn machen es moslemischen Jungen schwer, im Falle eines Schulversagens die Schuld bei sich selbst zu suchen. In solchen Fällen wird lieber die Lehrkraft verantwortlich gemacht, manchmal mit allen Konsequenzen. Diese Erfahrung musste jetzt ein Lehrer an der Martin-Luther-King-Gesamtschule im Dortmunder Stadtteil Dorstfeld machen, die laut Eigenwerbung für „Vielfalt, Toleranz und Demokratie“ steht. Die ersten beiden Attribute finden häufig beschönigend bei Einrichtung mit einem hohen Anteil von Schülern mit Migrationshintergrund Verwendung.

Mordkomplott wegen schlechter Noten

Wegen schlechter Noten war die Versetzung eines 16-jährigen Schülers gefährdet. Dieser fühlte sich von dem zuständigen Lehrer (Deutsch und Chemie) ungerecht behandelt und plante deshalb, ihn zu töten. Hier stellt sich schon zum ersten Mal die Frage, in welchem Kulturkreis so eine Denke gedeiht.

Zusammen mit einem 17-jährigen Mitschüler und einem 18-jährigen Bekannten schmiedete er einen perfiden Plan. Der 16-jährige Rädelsführer und sein 18-jähriger Bekannter lockten den Lehrer unter dem Vorwand, dass dort ein Mitschüler kollabiert sei (diese Rolle übernahm der 17-Jährige), in einen in Schulnähe gelegenen Garagenhof. In dieser schwer einsehbaren Örtlichkeit wollten der 16-jährige Haupttäter und sein 18-jähriger Erfüllungsgehilfe dem Lehrer den Schädel einschlagen. Zur Ausführung der Tat hatte jeder der beiden einen Hammer dabei. Glücklicherweise hatte der Deutschlehrer „ein komisches Gefühl bei der Sache“. Er wunderte sich, dass der 16-Jährige ausgerechnet ihn um Hilfe bat, obwohl sie bereits mehrfach wegen schulischer Belange in Streit geraten waren. Mißtraurisch geworden, vermied der Lehrer, den beiden den Rücken zuzudrehen und kehrte nach Verständigung des Rettungsdienstes sofort wieder auf die Hauptstraße zurück, um auf das Eintreffen des Sankas zu warten. Daher scheiterte das Mordkomplott. Der 17-jährige Simulant ließ sich tatsächlich

ins Krankenhaus einliefern, wurde aber kurz darauf bei bester Gesundheit wieder entlassen.

Das Komplott flog auf, als der 18-Jährige versuchte, sich bei einem Mitschüler ein Alibi zu verschaffen. Dieser erzählte seiner Mutter von dem Mordplan, die wiederum die Schule informierte. Die sofort eingeschaltete Polizei nahm am vergangenen Montag die Tatverdächtigen fest und durchsuchte ihre Wohnungen. Inzwischen ermittelt die Mordkommission, dem Vernehmen nach legten der 17-Jährige und der 18-Jährige ein Geständnis ab, der 16-jährige Haupttäter schweigt bisher.

Und wie immer die Frage: Handelt es sich um Migranten?

Während ja angeblich bei solchen Taten für die Berichterstattung die Ethnie der Tatverdächtigen keine Rolle spielt (Ziffer [12.1 Pressekodex](#)), interessieren sich dennoch die meisten Bürger für dieses Detail, insbesondere die Leser von PI NEWS und natürlich auch der Autor dieses Artikels. Von allen „Qualitätsmedien“ bietet nur die [BILD](#) einen entsprechenden Anhaltspunkt: Der Vorname des Haupttäters sei „Serkan“. Jetzt stellt sich die Frage, ob der Träger dieses Namens seine Wurzeln im niederbayerischen Rottal oder eher in Anatolien hat. [Wikipedia](#) suggeriert letzteres. Da sich gleich und gleich gerne gesellt, liegt die Vermutung nahe, dass auch die beiden Mittäter türkischer Provenienz sind, denn Serkan wird sich sicher lieber mit Murat und Tahir verbünden statt mit Klaus und Peter.

Es ist höchste Zeit, gegenzusteuern!

Der Autor hat den Eindruck, dass Flüchtlinge und Migranten, insbesondere aus dem islamischen Kulturkreis, überproportional häufig im Zusammenhang mit Aufsehen erregenden Straftaten in Erscheinung treten. Der Pressekodex, statistische Spielereien und Ausreden aus dem Bereich des „Opferschutzes“ verhindern wirksam, dass das wahre Ausmaß des Problems der Bevölkerung zur Kenntnis gelangt.

Deshalb muss zunächst einmal die Ziffer [12.1 des Pressekodex](#) ersatzlos gestrichen und die Polizei verpflichtet werden, in den Pressemitteilungen den ethnischen Hintergrund der Tatverdächtigen ohne Ausnahme zu nennen, auch bei Kindern und Jugendlichen.

Nur wenn sich die Bevölkerung der tatsächlichen Tragweite des Problems bewusst wird, entsteht bei der Politik der erforderliche Handlungsdruck. Es ist an der Zeit, jede, aber auch wirklich jede Aufenthaltsgenehmigung auf den Prüfstand zu stellen, auch die unbefristeten. Wenn jemand als Ausländer für dieses Land und seine Bewohner eine Gefahr darstellt, dann muss er gehen. Auch wenn er hier geboren ist und schon lange in Deutschland lebt.

Die Vergabe der deutschen Staatsangehörigkeit und die bereits vollzogenen Einbürgerungen müssen ebenfalls auf den Prüfstand gestellt werden. Nur so können wir verhindern, dass in Deutschland Verhältnisse einkehren, wie sie in den Ländern herrschen, die die Moslems verlassen haben, weil es dort für sie nicht lebenswert ist.

Der Vollständigkeit halber sei noch erwähnt, dass das Trio wieder auf freiem Fuß ist, da keine Haftgründe vorliegen.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Hannover: RTL-Bachelor-Kandidatin von „Amadou“ fast vergewaltigt

Von JOHANNES DANIELS | Der absolute Albtraum jeder deutschen Frau bei einer dunklen Parkgarage im Rahmen des „Historisch einzigartigen Sozialexperiments“ des Merkel-Systems und seiner bunten Schergen.

BILD schreibt: „Es waren bange, scheinbar unendliche Minuten des Schreckens für Lina Kolodochka. Brutal versuchte ein Mann, die ehemalige „Bachelor“-Kandidatin an einer Tiefgarage in Hannover-Kleefeld zu vergewaltigen“.

Martin Schulz, Ex-Präsident des „Europäischen Parlaments“ und [Ex-Ischias-Drossel](#) hält historisch-unbeirrbar dagegen: „Was die Flüchtlinge zu uns bringen, ist wertvoller als Gold, [es ist der unbeirrbare Glaube](#) an den Traum von Europa“.

Am Montag saß die hübsche BWL-Studentin ihrem Peiniger Amadou B., angeblich 28, im Amtsgericht Hannover beim Strafprozess couragiert gegenüber. „Ich möchte anderen Frauen damit Mut machen, nicht zu schweigen, [wenn ihnen so etwas Furchtbares passiert](#)“, hofft Lina Kolodachka mit ihrer mutigen Aktion, die ihr wohl auch vielfältige Häme, Hass und Missgunst aus dem linken feministischen Lager Deutschlands einbringen wird. Das alles ist bewundernswert und absolut nicht selbstverständlich. Es zeugt von tatsächlicher „Haltung“ im Leben einer erfolgreichen Frau.

Der „Asylbewerber aus Guinea“ hatte am 22. Dezember 2018 laut Anklage der Staatsanwaltschaft Hannover die Studentin abends auf die Rampe an der Tiefgarage gezerrt und wollte sie brutal vergewaltigen, trotz der winterlichen Temperaturen.

Die ehemalige „Bachelor“-Kandidatin [im Zeugenstand](#): „Ich telefonierte mit meiner Freundin, bemerkte, dass er mir hinterherlief, die ganze Zeit ‚Baby, Baby‘ rief. Plötzlich wurde ich am Arm gezogen. Er riss mir das Telefon aus der Hand, zerrte mich in die Ecke und sagte: ‚I need to f...k.‘“

Laut dem Prozessbericht der BILD* bot ihm „die später Geschädigte“ ihr Geld und Handy an, damit er von ihr ablässt. Doch darauf ließ sich der Afrikaner, der seit Dezember 2017 in Deutschland „Schutz“ sucht, nicht ein. Er hätte es es danach ohnehin mitgenommen als verdiente Invasions-Trophäe. Mit Knien auf ihrem Oberkörper und seiner Hand am Hals „fixierte der unappetitliche Merkel-Ork die 24-Jährige, küsste sie auf den Mund, begrapschte ihren Busen“. Der Guineer öffnete dann ihren Jeansknopf und zog sich selbst die Hose herunter. Die geschockte Lina Kolodochka wehrte sich soweit es ging und schrie aus Leibeskräften. Der Täter verletzte sie bei dem brutalen Vergewaltigungsversuch mit „Schürfwunden und Prellungen“.

„Amadou“ stiftet Prellungen, Bisse, Beleidigungen und Faustschläge

Ein Riesenglück für das couragierte Opfer: Passanten wurden auf ihre verzweifelten Hilferufe aufmerksam und kamen ihr mit wahrer Zivilcourage sofort zu Hilfe. Sie konnten das Guinea-Goldstück auch festhalten. Eine Polizeistreife nahm Amadou B. fest. Auf dem Revier rastete der angetrunkene Ehrengast des Steuersklaven abermals aus. Er biss sodann einem Beamten in den Arm und schlug zwei Polizisten mit der Faust ins Gesicht. Dabei beschimpfte er die Beamten als „Rassisten“.

Im Prozess entschuldigte er sich über einen Dolmetscher für seine Taten, behauptete aber, sich an nichts erinnern zu können. Das Urteil des Amtsgerichts gegen den afrikanischen Genpoolbereicherer: Zwei Jahre und zwei Monate mehr oder weniger geschlossener Vollzug wegen versuchter Vergewaltigung, tätlichen Angriffs auf Polizisten und Körperverletzung – abzüglich der zweifachen Anrechnung der kulturunsensiblen Untersuchungshaft.

Der Amtsrichter: „Wenn man ‚f...k‘ will, lässt das wenig Interpretationsspielraum zu. Es sei eine überschaubare Lebensleistung, wenn man nach einem Jahr Aufenthalt im Land eine versuchte Vergewaltigung“ hinlege. Die Strafe akzeptierte Amadou B. selbstverständlich nicht. Sein ebenfalls durchtriebener Asylindustrie-Verteidiger Oliver Langer: „Mein Mandant will in Berufung gehen.“

Lina Kolodochka: „Im Dunkeln traue ich mich nicht allein auf die Straße, fahre abends keine Bahn mehr. Ich bin sehr schreckhaft geworden.“ Im Gagaland Deutschland 2019 ist daher anzunehmen, dass bald eine so genannte „Stiftung“ nach „Amadou“ benannt wird.



Blut-Samstag in Nürnberg: Geplantes Messerverbot tut bitter Not

Von EUGEN PRINZ | Nicht nur gefühlt ist seit einigen Jahren die Zahl der Messerattacken bei körperlichen Auseinandersetzungen oder grundlosen Angriffen auf unbeteiligte Bürger dramatisch angestiegen. Nun kommen die etablierte Politiker nicht mehr umhin, sich diesem ungeliebten Thema zu widmen. Ungeliebt deshalb, da hier die fatalen Auswirkung ihrer fundamentalen Fehlentscheidungen offen zutage treten. Die Leidtragenden sind die Bürger, für die „innere Sicherheit“ zum Fremdwort wird.

„Messerstecher-Statistik“ erst in einigen Jahren

Gegenwärtig arbeiten Experten an einer bundesweiten Erfassung von Messerangriffen. Dummerweise dauert laut Bundeskriminalamt die Umsetzung jedoch noch mehrere Jahre. Bis dahin kann man sich also bequem dahinter verstecken, dass es keine belastbaren Zahlen gibt. Lediglich Niedersachsen registriert bereits seit zwei Jahren Straftaten, bei denen Stichwaffen eingesetzt werden. Dort gab es im vergangenen Jahr 3.754 entsprechende Taten.

Geplante Änderung des Waffengesetzes: Messer sollen verschwinden

So ist es auch nicht verwunderlich, dass Niedersachsen zusammen mit Bremen einen Änderungsvorschlag zum Waffengesetz in den Bundesrat eingebracht hat, der am kommenden Freitag beraten wird. Geplant sind „Messer-Verbotzonen“ wie zum Beispiel Einkaufszentren, öffentliche Verkehrsmittel, Kindergärten, Schulen und natürlich auch Fußgängerzonen. Ausgewiesen werden diese Bereiche dann von den örtlichen Behörden. Springmesser und feststehende Messer mit einer Klingenlänge von über sechs Zentimetern sollen künftig gar nicht mehr in der Öffentlichkeit mitgeführt werden dürfen. Im Falle von Zuwiderhandlungen sieht der Änderungsvorschlag die Beschlagnahme der Messer sowie Bußgelder vor, bei Springmessern sogar eine Freiheitsstrafe. Der Antrag Niedersachsens und Bremens hat gute Aussichten, angenommen zu werden.

Kunststück der Mainstream-Medien

Die Mainstream Medien, allen voran die deutsche Presseagentur (dpa), haben das Kunststück fertig gebracht, über dieses brisante Thema zu berichten, ohne auch nur einmal das Wort „Flüchtlinge“ zu erwähnen. Auf der Zunge zergehen muss man sich die Formulierung der dpa:

„Die Forderung nach einem weitreichenden Messerverbot wurde zuletzt immer wieder erhoben – besonders nach aufsehenerregenden Gewalttaten. So hatte die CDU-Fraktion im sächsischen Landtag im September ein solches Verbot für die deutschen Innenstädte ins Spiel gebracht. Zuvor hatte es in Chemnitz einen tödlichen Angriff gegeben. Für die Tat steht seit März ein Syrer wegen Totschlags vor Gericht. Das Verbrechen löste in Chemnitz damals ausländerfeindliche Attacken aus.“

Da kann man nur sagen: Die Mainstream-Medien haben nichts, aber wirklich gar nichts dazu gelernt. Sie machen ohne Rücksicht auf Verluste mit dieser Art der Berichterstattung

weiter, bis niemand mehr sie liest. Auch das ZDF hat diese [Formulierung übernommen](#). In den meisten anderen Medien wird nicht mal der Syrer erwähnt, sondern der Eindruck erweckt, das Problem läge in einer zunehmenden Verrohung der Deutschen. Glücklicherweise gibt es in den Lokalredaktionen noch Journalisten, die Ross und Reiter nennen. Dazu gehört Marcus Sauer von der Politikredaktion des Straubinger Tagblatts. Er schreibt:

„Möglichst imposante und martialische Stichwaffen, etwa mit scharfer Klinge und Wellenschliff, der besonders hässliche Wunden hervorruft, gelten unter jungen Männern gerade aus dem arabischen Raum als Symbol für Macht und Männlichkeit. Und wer sich unter Druck gesetzt fühlt, diese Männlichkeit stets durch Imponiergehabe zu beweisen, zu der auch Gewalt gehört, bei dem sitzt das Messer mitunter locker.“

So wird ein Schuh draus! Deshalb sollte man darüber nachdenken, zusammen mit den Messern auch gleich deren Besitzer zu entfernen. Und zwar nicht nur aus der Fußgängerzone, sondern gleich aus Deutschland. Aber bis das kommt, wird noch viel unschuldiges Blut zur Stärkung der arabischen Männlichkeit in deutsche Rinnsteine fließen.

Und weil es noch zum Thema passt:

Nürnberger Messerattackenserie am Samstag: PI-NEWS fragt nach

Wie übel die Situation in Deutschland inzwischen geworden ist, zeigt die [Messerattackenserie vom vergangenen Samstag in Nürnberg](#), wo es an einem Tag unabhängig von einander zu drei Stechereien mit lebensgefährlich Verletzten kam. Da nur im dritten Fall, einem Streit in einem Asylbewerberheim, die Herkunft des Tatverdächtigen klar ist, hat PI-NEWS bei der Pressestelle des Polizeipräsidiums Nürnberg nachgefragt.

Der erste Fall spielte sich in der Fenitzerstraße im Nürnberger Osten ab. Tatverdächtig ist ein 20-Jähriger, der

laut Auskunft der Pressestelle die deutsche Staatsangehörigkeit besitzt. Daraufhin entspann sich folgender Dialog zwischen dem Autor und dem Pressesprecher:

PI-NEWS: *Hat der tatverdächtige Deutsche einen Migrationshintergrund?*

Pressesprecher: *Ich sehe hier nur, dass er Deutscher ist und das andere spielt für uns keine Rolle.*

PI-NEWS: *Kann man aus dem Namen des Tatverdächtigen den Schluss ziehen, dass er einen Migrationshintergrund hat?*

Pressesprecher: *Dazu äußere ich mich nicht.*

(Aha...)

PI-NEWS: *Und der dritte Fall in der Südstadt?*

Pressesprecher: *Der hat sich in der Allersberger Straße zugetragen. Hier ist das Opfer ein Italiener und der Täter besitzt die türkische Staatsangehörigkeit.*

Es haben also mindestens zwei, wenn nicht alle drei Tatverdächtigen einen Migrationshintergrund aus dem relevanten Zuwanderungsgebiet. Sie sehen, liebe Leser, es lohnt sich nachzufragen. Aber das machen eben nur die Freien Medien und genau deshalb sind sie so wichtig!

Der [erste Kongress der Freien Medien](#) am Wochenende hat uns gestärkt und beginnt jetzt schon, Synergieeffekte freisetzen. Die etablierte Medienlandschaft wird sich warm anziehen müssen. Wir holen auf. Immer weiter.



Eugen Prinz
im Mai 2019
auf dem
Kongress der
Neuen Medien
in Berlin.

[Eugen Prinz](#) kommt aus Bayern und schreibt seit Herbst 2017 unter diesem Pseudonym für PI-NEWS. Der Fachbuchautor und Journalist ist dem traditionellen bürgerlichen Konservatismus zuzurechnen. Dem politischen Journalismus widmet er sich, entsetzt über die chaotische Massenzuwanderung, seit 2015. Erreichbar ist Eugen Prinz über seine [Facebook-Seite](#) oder [Twitter](#).



Amberger Asylanten-Attacken: 15 Verletzte, drei mal Bewährung

Von MAX THOMA aus Amberg | Die kultursensible bayerische

Justiz setzt zu neuen Unterwerfungs-Höhenflügen an. Am Freitag Vormittag fiel das Urteil gegen die vier marodierenden Gewaltmigranten, die Ende Dezember in der Amberger Innenstadt am helllichten Tag innerhalb von über vier (!) qualvollen Stunden 15 Menschen teils schwer verletzen konnten: „Die Haftbefehle der drei Afghanen wird aufgehoben – Sie können den Gerichtssaal als freie Männer verlassen“.

Das Jugendschöffengericht Amberg hat sein Urteil im „Hass-Mob-Prozess“ ([BILD](#)) gefällt. Einer der drei Angeklagten traf jedoch erst mit rund 20-minütiger Verspätung im Gerichtssaal ein, weil die Polizei vergessen hatte, ihn aus der JVA Amberg abzuholen, Insch'Allah! Die vier Asylbewerber, die nach einem ausgeklügelten „Deal“ mit der bayerischen Justiz gestanden hatten, bei einer „Prügeltour durch Amberg“ zwei dutzend Passanten – darunter auch Familienväter mit Kindern – attackiert zu haben, wurden „schuldig gesprochen“ wegen gefährlicher Körperverletzung, Nötigung, Beleidigung und anderer Delikte. Der „Schuldspruch“ dürfte die Intensivtäter und ihre „Follower“ allahdings nicht übermäßig beeindruckt haben – der faktische Freispruch verbreitete sich wie ein Lauffeuer auf den steuerfinanzierten Smartphones der deutschen Neubürger und Gewalt-Nachahmer. Dass das Quartett am 29. Dezember über Stunden Menschen über den Bahnhofsvorplatz gehetzt und dabei 15 Personen verletzt hatte, schrieb Jugendrichter Peter Jung vor allem strafmildernd ihrem erhöhten „Rauschgift- und Alkohol-Konsum“ zu.

Der Linksstaat setzt ein Zeichen

Die drei abschiebepflichtigen Afghanen Mostafa G. (17), Ajmal O. (18) und Omidullah M. (20) wurden dabei von Richter Peter Jung „im Namen des Volkes“ zu drastischen „Bewährungsstrafen“ von sechs Monaten, acht Monaten und 13 Monaten verurteilt. Der 18-jährige „schutzsuchende“ Iraner Amin A. wurde unter Einbeziehung von „einer Reihe von Vorstrafen und Taten aus Regensburg“ zu zwei Jahren und sieben Monaten Jugendvollzug (inklusive Traumatherapie) verurteilt. Zunächst darf der

Drogenkonsument jedoch in eine Entziehungsanstalt – wohl im offenen Jugendvollzug. Damit folgt das Hohe Gericht willfährig den Anträgen von Staatsanwaltschaft und Verteidigung: „In dem Prozess waren die Angeklagten geständig“ und entschuldigten sich durch ihre steuerfinanzierten Asylanwälte und Dolmetscher für ihre Taten.

Amberger Gewaltorgie hat „nichts mit der Herkunft der Täter“ zu tun

Ursprünglich hatte das Gericht für die juristische Aufarbeitung des zukunftsweisenden Präzedenz-Falles [25 Verhandlungstage angesetzt](#). Mit der „Aussicht auf erheblich mildere Strafen“ hatten sich die Anwälte der Angeklagten aber schließlich bereitwillig zu den handelsüblichen Taqiyya-Geständnissen bereit erklärt. Damit war der Weg für „eine Absprache zwischen Richter, Staatsanwaltschaft und der Verteidigung über das Strafmaß“ geebnet. Die Staatsanwaltschaft Amberg forderte sodann in ihrem submissiven Plädoyer für drei der vier Asylbewerber Jugendstrafen zwischen einem halben und eineinhalb Jahren, die selbstverständlich zur Bewährung ausgesetzt werden müssten. Die vier Angeklagten drückten in Erklärungen ihrer Asylindustrie-Advokaten ihr Bedauern aus [und „ent-schuldigten“ sich](#) damit lapidar im Sinne von 87 Prozent der deutschen Wähler. Sie führten die Angriffe auf zu viel Alkohol und Drogen zurück, die sie konsumiert hatten. Staatsanwaltschaft und auch die Verteidiger sprachen vereint von „[jugendtypischem Verhalten](#)“, das „nichts mit der Herkunft der Täter“ zu tun hat!

Die 24 Attacken auf Passanten seien vielmehr auf eine „Gruppendynamik, die an dem Tag entstanden sei“ zurück zu führen. Dennoch hätte die Intensität der Angriffe auch die Ermittler überrascht, erklärten sie Anfang April sogar, als sie die Ermittlungsergebnisse vorstellten.

„Hetzjagden von Amberg“ als Integrationsversuch

Am beschaulichen Amberger Bahnhof, in der Bahnhofshalle, auf dem Vorplatz und in der Innenstadt beleidigten die „Fluchtsuchenden“ wahllos Passanten, ohrfeigten und traktierten sie mit Fäusten und Fußtritten – auch als [die Opfer](#) bereits am Boden lagen, Amberger Bürger mit ihren Kindern mussten panikartig vor den Geflüchteten flüchten und suchten in Cafés und Geschäften Schutz vor den Schutzsuchenden. Die hinzu gerufene Polizei war über Stunden auf dem 400 x 400 Meter kleinen Tatort-Areal machtlos gegen die Invasoren.

Mit dem Satz „Wenn du Eier hast, [schlägst du einen Erwachsenen](#)“ des in Regensburg vielfach polizeibekanntem iranischen Gewalttäters Amin A. (18) kam der Asylanten-Hass-Mob sodann „gewaltig“ in Fahrt und setzte eine bundesweite Diskussion über den Umgang mit gewaltbereiten abschiebepflichtigen Flüchtlingen in Gang, die allerdings zu nichts führte. Amin A. hatte sogar seinen Pro-Forma-Abschiebe-Bescheid erhalten und wollte die letzten Abende vor seiner „Volljährigkeit“ mit einer anständigen kulturspezifischen Prügel-Orgie zu diesem Anlass ausklingen lassen – sein Geburtsdatum war zufälligerweise der „01.01.01“ – die Digitalisierung schreitet voran.

Goldstück-Gewaltorgie zum „Geburtstag“

Die Aussagen der Zeugen am Jugendgericht Amberg belegten, dass sich die Aggressionen der vier Angeklagten vor allem gegen Minderjährige, Frauen oder Dunkelhäutige richteten. Unbeteiligte Menschen, unter anderem ein Vater mit seiner 5-jährigen Tochter, versuchten zu entkommen, wurden aber eingeholt, teilweise zu Boden geschleudert, geprügelt und getreten.

Unschöne Bilder: Merkels Ehrengäste prügelten laut Polizei wahllos zunächst Nino M. (erst 13) grundlos in den Bauch und schlugen kurz danach Marco S. (29, Landschaftsgärtner) ins Gesicht. Am Bahnhofsvorplatz die nächste Attacke: Einer der

Männer soll ein Mädchen als „Nutte“ beleidigt und bedrängt haben. Als die Begleiter des Mädchens – beide 17 – dazwischen gingen, wurden sie „wiederum wahllos“ durch Schläge im Gesicht verletzt. Teils schwerer Verletzte kamen mit Prellungen und Gehirnerschütterung ins nahe liegende Mariahilf-Krankenhaus. Ein Mann, der am Amberger Bahnhofsvorplatz den Opfern helfen wollte, wurde ebenfalls schwerst verprügelt.

Als „Schlampe“ oder „Scheiß-Nigger“ wurden weitere Passanten beschimpft, eine Bierflasche zerbrach auf einem Kopf, vor Tritten ins Gesicht schreckten die vier ebensowenig zurück wie Polizisten als „Fotze“ oder „Pisser“ zu beleidigen, [PI-NEWS berichtete](#) mehrfach detailliert über die unglaublichen Vorfälle: Die Asylbewerber „schlugen und stiefelten offenbar wahllos jeden, der ihnen über den Weg lief“.

„Kaputtmacher“ Amin A. – eine Ikone der erfolgreichen Umvolkungspolitik

Allah-sei-dank: Damit wird Amin A. nun für weitere Jahre dem deutschen Steuerpflichtigen erhalten bleiben, obwohl Gerichtsakten schon vor den „Hetzjagden von Amberg“ seine mittelgute Integration beschrieben: Anfang 2015 „flüchtete“ er mit seinem Vater über die Balkanroute nach Deutschland. Er besuchte die Mittelschule in Lauber und flog unter anderem wegen eines Streits mit „andersgläubigen Jugendlichen“ von der Clermont-Ferrand-Schule in Regensburg. Auch die Berufsschule musste er zweimal nach gewalttätigen Auseinandersetzungen verlassen. Im Herbst 2017 wurde sein Asylbescheid abgelehnt, die Klage dagegen wurde vom Verwaltungsgericht Regensburg abgewiesen. Er begann, zum Zeitvertreib mit Fäusten und Flaschen auf andere Flüchtlinge einzuprügeln.

Immer wieder wurde er aus Wohngruppen für unbegleitete minderjährige Flüchtlinge rausgeworfen – u.a. hatte er am 3. Juli 2018 dem Leiter der Gruppe mit „Kaputtmachen“ und Umbringen gedroht, weil er „nur 80 Euro Taschengeld“ bekam. Die Justiz reagierte gar nicht oder erstaunlich lasch: Bis zu

seiner Festnahme am 29. Dezember 2018 sah das Gericht von der Verfolgung eines Diebstahls ab, reagierte auf Körperverletzung und Widerstand gegen Polizisten lediglich mit „zwei richterlichen Weisungen und Sozialstunden“, was das Gewalt-Goldstück zu weiteren Taten animierte – die deutsche Justiz als Anstifter und Mittäter!

Die abschiebepflichtigen Gewalttäter in der wirtschaftlich enorm aufstrebenden Barockperle Amberg können aber auch nach den brutalen Straftaten immer noch nicht nicht in ihre „Herkunftsländer“ abgeschoben werden, da „deren Asylverfahren noch laufe“. Darauf hat Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, CSU, im Vorfeld des Urteils hingewiesen. Bei einem der Tatverdächtigen handelt es sich nach Angaben von Herrmann um einen noch minderjährigen Afghanen, bei dem das BAMF sofort ein Abschiebungsverbot ausgesprochen habe. Man habe das Amt jedoch gebeten, das Abschiebungsverbot nach Möglichkeit zu widerrufen. Bislang scheiterten auch die Abschiebungen in den Iran allerdings „an fehlenden Pass- oder Passersatzpapieren“. Aktuell sei die Abschiebung [„noch in keinem der Fälle rechtlich möglich“](#), betonte Herrmann schuldstolz: „Wir setzen alle Hebel in Bewegung, um das zu ändern“. Dein Wort in Allahs Ohr.

Bayern ist sicher (CSU-Slogan) ... am Abgrund.

(PI-NEWS Autor MAX THOMA ist steuerpflichtiger Amberger Bürger und besitzt dort Cafés und Ladengeschäfte. Er hat die Verwerfungen von Merkels Menetekel-Migranten hautnah erlebt – nicht unbedingt geschäftsfördernd...)



Landshut: Nigerianer prügelt auf Zugbegleiter und Polizisten ein

Von MAX THOMA | Wer eine Zugreise tut, der kann was erzählen. Das war zu Zeiten Ludwig Thomas („Erster Klasse“, „Die Lokalbahn“) vor einem Jahrhundert so und gilt heute in besonderem Maße: Es vergeht kaum ein Tag, wo im öffentlichen Nahverkehr keine Vorfälle mehr stattfinden, welche noch vor Jahren undenkbar gewesen wären. Man gebe nur „Nigerianer“ und „Zugbegleiter“ bei google ein ([31.000 Treffer](#) in 0,27 Sekunden). „Zug um Zug“ sozusagen schreitet die unkontrollierte Neuansiedlung archaischer Kulturen im ehemals sicheren Deutschland voran. [80 Prozent der Zugbegleiter](#) haben mittlerweile „Angst, wenn sie ihren Job auf einer Schicht alleine ausüben müssen“. Nicht ganz grundlos:

Am Montag wurden gegen 18.50 Uhr Beamte der Polizeiinspektion zur Unterstützung der Bundespolizei zum Landshuter Bahnhof (Niederbayern) gerufen. Ein 27-jähriger Nigerianer hatte einem Zugbegleiter lediglich „[sein Bayernticket](#)“ ausgehändigt, der Aufforderung, „sich auszuweisen“ wollte er aber nicht nachkommen. Das Bayernticket ist strikt namensgebunden, da gerade mit diesen Tickets oft „Schindluder“ auf den „Schwarzmärkten“ an Bahnhöfen getrieben wird. Vielleicht hat der noch nicht so sprachgewandte Ehrengast von Systemparteien und Steuerzahlern auch die Aufforderung „sich auszuweisen“ in

den falschen Hals bekommen.

Das Relocation-Bauchgefühl: Mit voller Wucht in den Bauch

Es entwickelte sich eine zunächst „verbale Auseinandersetzung“. Im weiteren Verlauf ging der 27-jährige Schwarzafrikaner – und – fahrer unvermittelt auf den Zugbegleiter los und schlug auf diesen ein. Beim Eintreffen des Zuges am Hauptbahnhof Landshut führten Beamte der Bundespolizei bei dem renitenten Merkelgast eine Identitätsfeststellung durch. Dabei ging der aggressive 27-Jährige auf die Beamten los und wollte auch diese schlagen. Im „Integrationskurs“ wurde es versäumt, darauf hinzuweisen, dass sich dies im Schlaf-Affen-Land nicht geziemt. Bei der Schlägerei wurde ein Beamter der Bundespolizei verletzt. Die hinzu gerufenen Kräfte der Polizeiinspektion Landshut unterstützen die Kollegen der Bundespolizei bei der diffizilen Festnahme des 27-Jährigen. Dabei trat der Nigerianer einem der Polizisten mit voller Wucht in den Bauch.

Schließlich gelang es den Polizisten, den Zug-Zombie in Gewahrsam zu nehmen und zum Dienstgebäude in die Neustadt zu bringen. Bei diesem Einsatz wurde ein weiterer Beamter der Polizeiinspektion Landshut leicht verletzt, ein Beamter der Bundespolizei war nach dem Vorfall nicht mehr einsatzfähig. Die Polizei hat gegen den „polizeibekanntem und bereits einschlägig in Erscheinung“ Tretenden (im wahrsten Sinne des Wortes) nun ein Ermittlungsverfahren wegen Widerstand gegen Vollstreckungsbeamte sowie Körperverletzung eingeleitet. Seine Personalien wurden festgestellt.

Die linksgrüne [Landshuter Zeitung](#) titelt völlig missverständlich – wohl mit gezielter Framing-Absicht: „Schläge und Tritte – Zugfahrer greift Polizisten an“.

Immer diese „Zugfahrer“: Die Lokführer-Gewerkschaft GDL hat sogar eine eigene Umfrage zur „Verrohung“ gestartet. Ergebnis: 63 Prozent ihrer Kollegen sind schon körperlich angegriffen

worden. 93 Prozent müssen sich täglich Beschimpfungen gefallen lassen. 78 Prozent der befragten Zugbegleiter haben Angst, wenn sie ihren Job auf einer Schicht alleine ausüben müssen. 80 Prozent sind beim Nachtdienst ängstlich. Jeder fünfte hat direkt Furcht vor Gewalt – oder vor Mobbing im Internet, etwa durch Veröffentlichung von Fotos samt Klarnamen. „Dieser Stress macht unsere Kollegen auf Dauer krank“.

Fatale Facetten der illegalen Migration

„Samstags, Sonntags und Feiertags in den frühen Morgenstunden zwischen drei und acht Uhr ist es selbst mit zwei Kollegen gefährlich“, hat ein Zugbegleiter auf den Fragebogen geschrieben. „Die Hemmschwelle zur Gewalt sinkt rapide“, erklärt der Bezirksvorsitzende der GDL, Sven Schmitte. „Unsere Kollegen werden geschlagen, mit Messern und sogar Schusswaffen bedroht“. Eine Ursache laut der Gewerkschaft: Meist kommt es bei der Ticket-Kontrolle zum Krach. „Unser Tarifsystem hier ist zu kompliziert“, erklärte Gewerkschaftsfunktionär Schmitte die Ursachen der zehntausendfachen Gewaltdelikte gegenüber dem Bahnpersonal.

Kleine tägliche Facetten der täglich expandierenden Umvolkungs-Politik, aber zusammengesetzt ergeben sie ein fatales Puzzle des Grauens und der neuen Gewalteskalationen im öffentlichen Raum.

Manfred Weber, EVP-EU-Spitzenkandidat und Massen-Relocation-Spezialist, wurde übrigens am 14. Juli 1972 im pittoresk-mittelalterlichen Landshut im vormals schönen Niederbayern geboren. Mit „Free Interrail“ wollte er ein EU-Mobilitätsprogramm einführen, das den EU-Bewohnern die kostenlose Nutzung eines Interrailtickets auf Steuerzahlerkosten ermöglichen soll, auch um gleichzeitig wirksam [„gegen anti-europäischen Populismus vorgehen zu können“](#). Höchste Eisenbahn – hoffentlich ist der Zug nicht schon abgefahren, Manfred. Aber man muss ja nicht immer schwarz sehen.



Heidelberg: 14-jährige „Jugendliche“ überfallen 12-Jährige

Von MAX THOMA | Erst am Dienstag berichtete PI-NEWS über den [brutalen Messer-Mordversuch](#) eines „14-Jährigen“ ([Süddeutsche Zeitung](#)) in Regensburg – das Leben des 15-jährigen Opfers hing nach Auskunft der Ärzte lange Zeit „an einem silbernen Faden“.

In ebenfalls idyllischen Heidelberg wurden am späten Samstagnachmittag zwei Kinder von präpotent-dreisten Nachwuchs-Krimigranten mit einem Messer überfallen und zur Herausgabe ihrer Habseligkeiten gezwungen. Früh übt sich, was ein brutal-krasssser Gangsta sein will.

Das Messer gehört zur Mittelschule

Deutschlands zukünftige Rentenzahler mit „[dunkel-südländischem Teint](#)“ passten laut Polizeibericht um 18.35 Uhr zwei 12-Jährige am Neckarufer in Höhe Iqbal-Ufer ab, als die „Später-Geschädigten“ gerade auf dem Heimweg waren. Die possierlichen Mini-Kulturbereicherer verlangten zuerst das Handy des einen 12-Jährigen. Als das Telefon nicht sofort heraus gegeben wurde, zückten beide Täter ein Taschenmesser und verlangten nun „Bargeld“. Die schockierten Kinder übergaben zwangsweise ihre gemeinsamen 12 Euro wöchentliches Taschengeld – womit die

Täter in Richtung eines Hotels flüchteten.

Wohl um sich dort einen angenehmen Abend zu machen – zusammen mit den großzügigen Zuwendungen des Steuerzahlers dürfte es für ein kulinarisch anspruchsvolles 5-Sterne-Menü mit einigen Flaschen Chablis Vieilles Vignes „La Paulière“ (Jahrgang 1997) gerade reichen. Im März kündigte Arbeitsminister Hubertus Heil an, dass Asylbewerber und deren Angehörige nun noch mehr „Taschengeld“ bekommen müssen, ganz ohne lästigen Messereinsatz. Jugendliche sollen nun 79 Euro erhalten, Kinder ab sechs Jahren 97 Euro nach der Novelle des Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG). Dies soll Asylbewerbern und deren mannigfaltigen Nachwuchs ermöglichen, „zwischenmenschliche Beziehungen zu pflegen und zu einem Mindestmaß am gesellschaftlichen Leben – [etwa durch den Besuch einer Gaststätte](#) – teilzunehmen“.

Am nächsten Tag erstatteten die rassistischen Eltern sogar Strafanzeige. Die Kriminalpolizei Heidelberg sucht in diesem Zusammenhang nach Zeugen. Beide Täter können wie folgt beschrieben werden:

Täter 1: ca. 14 Jahre alt, etwa 1,65 m groß, braune glatte Haare, orangefarbener Kapuzenpullover, dunkelblaue Jacke mit weißen Streifen und grauem Futter in der Kapuze, schwarze Jogginghose, blau-weiße Schuhe, dunkler südländischer Teint.

Täter 2: ca. 14 Jahre alt, etwa 1,70 m groß, schwarze glatte Haare, schwarze Jacke mit orangefarbenem Futter, schwarzer Kapuzenpullover von Snipes, schwarze Jogginghose, schwarz-graue Nike Schuhe, „asiatisches Erscheinungsbild“.

Es ist nach Ermittlungsstand nicht davon auszugehen, dass es sich bei dem Nachwuchskriminellen mit „asiatischem Erscheinungsbild“ um einen minderjährigen Japaner (die gerne nach Heidelberg reisen und dort ordentlich Devisen hinterlassen), Südkoreaner, Thailänder, Chinesen oder Singaporeaner handelt.

Hinweisgeber, werden gebeten, sich unter 0621 174-4444 an die Ermittler der Kriminalpolizei des Polizeipräsidiums Mannheim zu wenden. Von den gesuchten Messer-Früchtchen fehlt bislang noch jede Spur.

Einen DNA-Ermittlungserfolg konnte die Polizei jedoch unlängst erzielen: [Zwei Jahre nach einem Überfall auf ein 13-jähriges Mädchen in Heidelberg](#) in ihrer Wohnung im Emmertsgrund wurde nun ein „Mann“ verhaftet. Der Maskierte hatte das Mädchen in ihrer Wohnung überfallen, gefesselt und völlig schockiert zurückgelassen. Die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft Heidelberg und der Kriminalpolizeidirektion Heidelberg zu den Hintergründen sowie zum Motiv des „russischsprechenden“ Heidelberger Neubürgers dauern derzeit noch an.



„Schießereien“ in Hessen: High Noon in Wetzlar und Rüsselsheim

Von JOHANNES DANIELS | Katrin Göring-Eckardt brachte es 2017 auf den Punkt: „Es wäre sehr langweilig, wenn wir nur mit uns zu tun hätten.“ Durch die Millionen Menschengeschenke werde Deutschland „religiöser, bunter, vielfältiger und jünger“.

High Noon in Wetzlar

Im Bereich der Neustadt im hessischen Wetzlar meldeten Zeugen am Montag am helllichten Tag um 17.45 Uhr mehrere Schüsse. Nach Angaben der Polizei geriet eine „Gruppe von vier Personen“ in einen Streit, der eskalierte. Einer der voll integrierten Turbo-Mercedes-Fahrer gab mehr oder weniger gezielte Schüsse aus einer Handfeuerwaffe nach dem Besuch eines dortigen „Wettbüros“ an der Seibertstraße / Ecke Neustadt ab, wohl nach einem anstrengenden Arbeitstag.

Der 39-jährige „mutmaßliche Täter mit Wohnsitz in Wetzlar“ stellte sich im Beisein eines steuerfinanzierten Rechtsanwalts der Polizei. Seine Personalien wurden aufgenommen. Die Polizei riegelte den Tatort in der Einfahrt einer Tiefgarage weiträumig ab und stellte Projektilen und zwei Fahrzeuge mit dem deutschen Stern vorübergehend sicher. Der genaue Tathergang und das Motiv des „Schützen“ (sein Sternzeichen steht fest, über die Nationalität herrscht Stillschweigen) sind „noch nicht bekannt und Gegenstand weiterer Ermittlungen“, [wie der Bertelsmann-Relocation-Sender n-tv mitteilte](#).

Morgen(-Land)-Überraschung in Oberursel

Ebenfalls am Montag wurde im hessischen Oberursel um 3.52 Uhr morgens ein weiteres Wettbüro – das „internationale Europa-Café“ – von fünf Maskierten unter dem Einsatz automatischer Schnellfeuerwaffen und Reizgas gestürmt. Es handelte sich dabei allerdings nicht um ein Sondereinsatzkommando der hessischen Polizei, sondern um Merkels und Kühnerts neue Fachingenieure für unbürokratische Enteignungsmaßnahmen. Sie fuhren ebenfalls ein Fluchtfahrzeug mit dem Stern. Bei der Verfolgung des Raubkommandos mittels Polizeihelikopter und vieler Einsatzkräfte blieb die hessische Polizei auch diesmal wieder nur „zweiter Sieger“ – [PI-NEWS berichtete en detail](#). Wenige Mainstream-Medien schrieben über den spektakulären Raubüberfall mit einer wieder einmal neuen Dimension der bewaffneten Gewalt im idyllischen Taunus-Städtchen.

Samstagmorgen in Rüsselsheim – kurdische Folklore

Nach einer „Schießerei“ am frühen Samstagmorgen des 27. April mitten in der Rüsselsheimer Innenstadt ist gegen einen 28 Jahre alten Mann Haftbefehl wegen versuchter Tötung erlassen worden. Der Tatort in der Innenstadt wurde daraufhin weiträumig abgesperrt. Den ganzen Samstag hindurch suchten Ermittler in dem Gebiet nach Spuren und durchkämmten dabei sowohl die Bahnhofstraße als auch die Waldstraße. Während der Ermittlungen seien mehrere Patronenhülsen gesichert worden, hieß es in einer Pressemitteilung der Polizei.

Bei dem „mutmaßlichen Schützen“ handelt es sich nach Angaben der Polizei um einen Mann mit deutschem Pass. Er gehört zu einer kurdischen Großfamilie, die sich laut Polizei wegen [„allgemeiner Streitigkeiten“](#) zunächst an der Bahnhofsstraße eine heftige Auseinandersetzung mit einer „türkischstämmigen“ Großfamilie lieferte. In deren Verlauf fielen dann auch mehrere gezielte Schüsse auf Personen. Ein Mann sei durch einen Streifschuss leicht verletzt worden, hieß es weiter. Die Polizei berichtet von zwei beschädigten Autos in der Nähe des Bahnhofs und ein zerstörtes Fenster in einem Wohnhaus (!) an der Waldstraße. Die deutschen Anwohner zumindest gerieten laut Augenzeugenberichten sichtlich in Panik.

An dem Streit sollen nach Zeugenaussagen bis zu 30 Personen(!) beteiligt gewesen sein. 14 von ihnen im Alter zwischen 13 und 53 Jahren wurden nach Polizeiangaben vorläufig festgenommen – ihre Personalien wurden sogar festgestellt. Sie sind mittlerweile wieder kultursensibel freigelassen worden, weil es wie immer „keinen ausreichenden Tatverdacht“ gibt, wie Staatsanwaltschaft und Polizei im bunten Hessen [übereinstimmend mitteilten](#).

„Schießereien“ gehören zum hessischen Rüsselsheim und gründen auf eine lange Tradition. Im August 2008 starben in der Innenstadt drei Menschen bei einer Schießerei vor dem Eiscafé „De Rocco“. Bei vielen Rüsselsheimern ist die brutale Bluttat

nach wie vor präsent: das hessische Besiedlungsgebiet war damals im „Ausnahmestand“ – ein veritabler Vorgeschmack auf heutige Zustände. Zwei verfeindete Gruppen trafen sich zur „Aussprache“ in dem Café, alle sechs beteiligten Männer brachten Schuss- und Stichwaffen als Argumentationshilfe mit. Es ging um Wettschulden. Der interkulturelle Dialog eskalierte, letztlich starben zwei Männer und eine Café-Besucherin, die von einer verirrten Kugel getroffen wird. Es gab zahlreiche Schwerverletzte.

Täter waren ...Deutsche

Der damals 29 Jahre alte Taylan K. wurde wegen Mordes zu lebenslanger Haft verurteilt, die mitangeklagten Brüder Serdal E. (damals 24) und Erdal E. (damals 33) erhielten jeweils eine zehnjährige Haftstrafe wegen versuchten Mordes, inklusive Traumatherapie.

Nach den Schüssen in Rüsselsheim Ende April hat die Polizei ihre Kontrollen in der Stadt nun verschärft. Mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei, Spezialkräften und mit der Stadtpolizei plant die Polizei Rüsselsheim, „die bereits bestehenden Sicherheitsmaßnahmen zu intensivieren“. Die Suche nach der Tatwaffe blieb bislang ohne Erfolg. „Wir haben noch keine gefunden“, erklärte ein Sprecher der Staatsanwaltschaft in Darmstadt. Rüsselsheims Oberbürgermeister Udo Bausch hatte mit großer Betroffenheit und Bestürzung die Nachricht von der Schießerei aufgenommen.

Das dystopische grün-schwarze Bundesland Hessen entwickelt sich zunehmend zum feuchten Traum der Relocation-Grünin Katrin Göring-Eckardt: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“

Wie die „[Hessenschau](#)“ am Dienstag im beliebten „Morgenticker“ vermeldet, geht jedoch akute Gefahr von einer weiteren Großfamilie aus:

„8.30 Uhr: Eben noch gezeigt, jetzt auf der Fahrbahn.“

Vorsicht, Autofahrer: Auf der A7 in der Zufahrt Kassel-Ost kommt Ihnen eine Gänsefamilie entgegen“.



Mordversuch in Regensburg: 14-jähriger Syrer sticht auf Landsmann ein

Von MAX THOMA | Refugees Welcome im „[bunten Regensburg](#)“: Wenige Wochen, nachdem ein marodierender „Asylbewerber-Mob“ im oberpfälzischen Amberg 21 deutsche Passanten teils schwer verletzt hat, ist ein 15-jähriger Syrer am Montagabend in der Regensburger Maxstraße mit einem Messer schwer verletzt worden. Die Polizei hat den Tatverdächtigen, ebenfalls ein jugendlicher 14-jähriger (!) Syrer, verhaftet.

Gegen 21.30 Uhr wurde der 15-Jährige in der Maximilianstraße vor einem „amerikanischen Schnellrestaurant“ von seinem gewalterfüllten fluchtsuchenden Landsmann niedergestochen – es hätte aber auch einen Hier-länger-Lebenden treffen können. Im Universitätsklinikum wurde er auf Kosten des Steuerzahlers unverzüglich notoperiert und „sein Betreuer“ verständigt. Die etwa eine Stunde nach der Tat alarmierte Polizei hat die Ermittlungen wegen eines versuchten Tötungsdelikts aufgenommen.

Das Motiv, der genaue Tatablauf, die Person des Täters, das Tatwerkzeug und der momentane Zustand des Verletzten sind derzeit Gegenstand der Ermittlungen. Der Attackierte soll außer Lebensgefahr sein. Nach Angaben von Dietmar Winterberg, Sprecher des Polizeipräsidiums Oberpfalz, sind beide Tatbeteiligte syrische „Asylbewerber“. Bisläng besteht allerdings nur ein [Tatverdacht gegen den „jungen Mann](#), der in Haft ist“.

Wie Winterberg schildert, ist die Polizei eine Stunde nach der Tat informiert worden: „Die Verletzungen sind erheblich“, so der Sprecher. Derzeit laufen Ermittlungen nach möglichen Zeugen der Tat. „Als die Polizei eingetroffen ist, war natürlich niemand mehr da“, so Winterberg. Davon auszugehen ist, dass die Polizei auch Mitarbeiter des Fastfood-Restaurants befragt, in dessen unmittelbarer Nähe die Bluttat geschah. Für Winterberg ist die Tat indes tatsächlich außergewöhnlich: „Wegen des Alters von Opfer und Täter“, betonte Winterberg.

Bei dem Opfer handelt es sich nach Angaben der Regierung der Oberpfalz um einen unbegleiteten minderjährigen Jugendlichen, der von der Stadt Regensburg und dem Jugendamt betreut wird. Auch die polizeibekanntes abschiebepflichtigen Amberger Intensivtäter (drei Afghanen, ein Iraner) waren MUFL. Der Iraner Amin A. (18) hatte zuvor bereits massive Straftaten in Regensburg begangen. Aus einem vorläufigen Arrest hatte man den Schutzsuchenden dann wieder kultursensibel entlassen. [PI-NEWS berichtete eingehend](#) über die „Hetzjagden“ der Menschengeschenke im Dezember: „Bürger flüchten vor Flüchtenden“.

Im Februar dieses Jahres kam es zu einer erneuten Gewaltorgie durch abgelehnte Asyl-Afghanen in der vormals malerischen Donauperle und Studentenstadt Regensburg, [PI-NEWS berichtete vor Ort](#). Ein 75-jähriger Passant musste ebenfalls mit schwersten Verletzungen auf die Intensivstation der Klinik Regensburg eingeliefert werden – PI-NEWS-Autor MAX THOMA war

zufällig vor Ort.

BILD berichtet [kulturneutral und politisch korrekt](#):

„Regensburg – Ein 14-Jähriger ist am späten Montagabend in der Regensburger Innenstadt vermutlich mit einem Messer verletzt worden. Laut Polizei konnte ein Tatverdächtiger am frühen Dienstag festgenommen werden. Der 14-Jährige wurde nach bisherigen Erkenntnissen von Freunden in ein Krankenhaus gebracht. Dort wurde er notoperiert. Die Polizei ermittelt wegen versuchter Tötung. Weitere Details zu Motiv, Tatablauf, Täter, Tatwerkzeug und zum Zustand des Verletzten waren zunächst nicht bekannt.“

„Multikulturelle Stadtgesellschaft“

Vor gut zwei Wochen demonstrierten der „Regensburger Integrationsbeirat und zahlreiche Partner“ vehement für eine „multikulturelle Stadtgesellschaft“. Unter dem [Motto „Regensburg is\(s\)t und bleibt bunt“](#) fand eine bemerkenswerte Kundgebung statt, bei der für ein „friedliches, vielfältiges und gleichberechtigtes Miteinander“ geworben wurde. Auf dem Programm standen Redebeiträge und die Fotoaktion „Gesicht zeigen gegen Rassismus“. Für Unterhaltung sorgten unter anderem der Campus-Asyl-Chor.

Passend zum Motto wurden Zuschauern internationale Snacks angeboten, der Verein „CampusAsyl“ verteilte Gebäck aus der Aktion „Kekse backen gegen Rassismus“ ...



Oberursel: Schwerebewaffnete Maskierte stürmen „Europa-Café“

Von JOHANNES DANIELS | Wer kennt das nicht? Man sitzt gemütlich mit lieben Bekannten und Arbeitskollegen morgens um 3:52 Uhr bei einer Tasse Kaffee oder Kamillentee und bespricht die anstehenden Projekte des Tages, bevor es los zur S-Bahn zur Frühschicht geht, um auch ja alle Abgaben und Steuerlasten im einzigartigen Land mit der weltweit höchsten Einkommensteuer pünktlich zu erarbeiten – und zufällig stürmen fünf mit Sturmhauben Maskierte mit vollautomatischen Schnellfeuerwaffen bestückte weitere Frühstücksgäste das verschlafene Beis'!?!

Morgenstund hat Gold im Mund ...

So geschehen in der Nacht zum Montag in der AfD-Gründerstadt Oberursel im Rahmen des „Historisch Einzigartigen Experiments“ der Systemparteien. Dort stürmten um 3:52 Uhr schwer bewaffnete „Hessen“ das „internationale Europa-Café“ und versprühen zunächst gehörig Reizgas. Wie die [Polizei am Montagmorgen mitteilte](#), betraten die fünf mit Sturmhauben maskierten Frühaufsteher, von denen mindestens einer eine vollautomatische Waffe trug, das „Café“ (mit integriertem Casino) und bedrohten die Anwesenden mit schwerem Kriegsgerät und forderten Bargeld. Mit einer unfreiwilligen „Morgengabe“ von 8.000 Euro flüchteten die ungebetenen Gäste (der Kanzlerin?) mit einem weißen Mercedes C-Klasse Kombi in Richtung Bahnhof Oberursel. Wohl um auch noch rechtzeitig zur Arbeit zu kommen. Mindestens einer der Café-Besucher erlitt laut Polizei Atemwegsreizungen und musste ins Krankenhaus eingeliefert werden.

Geld aus Gastronomie-Einnahmen und Kollekte

Einem Polizeisprecher zufolge stammt das erbeutete Geld vermutlich zu einem Teil aus der Kasse der „Gastronomie“, zum anderen Teil „aus dem privaten Besitz der Gäste“, die sich wohl die Zeit bis zu ihrer ersten Arbeitsschicht mit Schwarzer Peter, Mau-Mau und „Mensch-ärgere-Dich-nicht“ vertreiben wollten. Ärgern musste sich aber dennoch die Polizei im hessischen Hochtaunuskreis, denn sie blieb wieder einmal zweiter Sieger. Von den („mutmaßlichen“) Goldstücken fehlte am Montag zunächst jede Spur. Eine Fahndung, zu der auch ein Polizei-Hubschrauber für weitere 8.000 Euro zulasten des Steuerzahlers eingesetzt wurde, blieb leider erfolglos.

Fächkräfte für kollektive Enteignungs-Übertragungen am Werk

Nach ersten Erkenntnissen ereignete sich der spektakuläre Raubüberfall nach dem offiziellen Ladenschluss des Lokals mit „internationalem Flair“ – die zehn Gäste waren nach kultursensiblen Polizeiangaben „vermutlich Bekannte, die sich zu einem privaten Treffen im Café zusammengefunden hatten“.

Ein Polizeisprecher: „Das Café hatte offiziell nicht geöffnet. Keine Ahnung, was die da gemacht haben“. Keine Ahnung, aber davon jede Menge – die Polizei beschäftigt derzeit hauptsächlich die Frage: Wie konnten sich sechs ausgewachsene Männer in das Fluchtauto quetschen – ohne vorschriftsmäßig angegurtet zu sein?

Und: Wurden die Ladenschlusszeiten im Café Europa exakt eingehalten?

Zeugen, die den Überfall beobachtet haben oder andere verdächtige Dinge gesehen haben werden gebeten, sich unter der Telefonnummer 06172-1200 an die Kriminalpolizei in Bad Homburg zu wenden.

Durchaus interessant, wieviel Geld sich mit den Einnahmen von zehn „Gästen“ für Kaffee und Kuchen und etwas „Backpulver“ beim internationalen Früh-Shoppen morgens um 3:52 Uhr so verdienen lässt. It's the Earl Bird who catches the worm! Die

kollektive Enteignung schreitet voran – Integration im Café Europa gelungen!



München: Afghane ermordet am Stachus 17-Jährigen wegen Handy

Von MAX THOMA | Die gezielte kollektive Umvolkung von Systemparteien, „Hilfsorganisationen“, „Kirchen“, „Sozialverbänden“, grünen Linksfaschisten und Gutmenschen zum Schaden der Bevölkerung fordert immer weitere Opfer. Sie alle sind Anstifter, Beihelfer und Mittäter in diesem zunehmend blutrünstigen Sozialexperiment, das komplett außer Kontrolle geraten ist.

Ausgerechnet am Karfreitag wurde der weltbekannte Stachus für einen 17-jährigen Münchner Schüler zum Golgotha der unkontrollierten Migration archaischer Bestien nach Deutschland. Am helllichten Tag direkt im Herzen Münchens! Auch noch an dem Platz, auf dem vor Jahren das riesige Europäische Islamzentrum des Imams Idriz gebaut werden sollte. Der umweltbewusste Schüler, der nach einem sonnigen Tag im Englischen Garten mit Freunden seine Leergutflaschen an einer Agip-Tankstelle in der Herzog-Wilhelm-Straße zurückbringen wollte, wurde von zwei Afghanen brutal niedergestochen und so

schwer verletzt, dass er am Freitag auf einer Münchner Intensivstation verstorben ist. Ein Freund des Ermordeten wurde dabei ebenfalls schwer verletzt. In den Mainstream-Medien wurde kaum über die Bluttat berichtet. BILD berichtete beispielsweise unter „München regional“.

Wie die Münchner Mordkommission am Sonntagnachmittag mitteilte, war einen Tag zuvor der afghanische Mörder, 21, mittels eines internationalen Haftbefehls im Großraum Paris verhaftet worden. Auch dessen 20-jähriger Begleiter, ebenfalls ein Afghane, konnte bei Paris festgenommen werden. Gegen ihn war Haftbefehl wegen gefährlicher Körperverletzung erlassen worden.

Stich in die Halsschlagader wegen iPhone

Am Karfreitag war es „zwischen zwei Gruppen junger Leute“ zum Streit gekommen. Dabei beschuldigte eine „Vierergruppe“, darunter auch der spätere Täter, den 17-Jährigen, Handyaufnahmen von ihnen gemacht zu haben. „Die Stimmung war sehr ausgelassen und keinesfalls aggressiv“, erklärte Josef Wimmer, Chef der ermittelnden Mordkommission. Doch der 20-jährige Afghane aus dieser Gruppe schüttete unvermittelt seine Getränkedose über dem 17-Jährigen aus. Sofort attackierten die Merkel-Gäste den Schüler, dabei ging das Handy des späteren Opfers zu Bruch. Der „iPhone-Inhaber“ ([Polizeipressekonferenz](#)) wollte seinen Kontrahenten zur Rede stellen, woraufhin der 21-jährige Afghane ihn und seinen 18-jährigen Begleiter heimtückisch und unvermittelt mit einem „[spitzen Gegenstand erhebliche Stiche und Schnitte gegen den Hals](#)“ (Polizeibericht) zufügte.

Der ermordete Schüler, ein in München geborener Bosnier, verwirkte wegen eines kaputten iPhones und Merkels Migrationspolitik sein Leben – ein hoher Preis. Wie die Münchener Polizei heute bekannt gab, starb er an den Folgen eines Messerstichs in die Halsschlagader.

Nach Stachus-Mord: Polizeibekannte „Verdächtige“ in Paris festgenommen

Der „schutzsuchende“ afghanische Messermörder, der nach dem tödlichen Angriff mit seinem Mittäter flüchtete, konnte am Donnerstag gefasst werden. Laut Polizei hatten umfangreiche Ermittlungen der Mordkommission zur Identifizierung des Geflüchteten geführt. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft München wurde am 24. April ein Haftbefehl durch den zuständigen Ermittlungsrichter erlassen. Der Mörder, ein 21-jähriger Afghane „aus dem Landkreis Starnberg“, setzte sich über die offene „deutsch-französische Grenze“ nach Paris ab – französische Behörden konnten ihn am Donnerstag dort finden und verhaften. Die Polizei ermittelt nun nicht mehr wegen eines versuchten, sondern wegen eines vollendeten Tötungsdelikts. Die Anzeige dürfte wie immer auf Totschlag, bzw. Körperverletzung mit Todesfolge (§227 StGB) lauten, nicht auf „Mord“ – der klassische Migrantenrabatt der deutschen Justiz.

Beide „nun mehrfach Fluchtsuchende“ warten nun auf ihre Auslieferung nach Deutschland, wo sie Tanztherapie und der [beliebte Klavierunterricht](#) im offenen Jugendvöllzug auf Kosten des Steuerzahlers erwarten. Die Asylbewerber waren 2016 nach Deutschland gekommen. In der Zwischenzeit fielen sie vielfach durch Körperverletzungs-, Diebstahl- und Drogendelikte auf!

Bayern ist sicher – „Schnelle Auslieferung angestrebt“

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, 62, CSU freut sich wie ein Schneekönig: „Das ist ein toller Fahndungserfolg des Polizeipräsidiums München. Über die Verhaftung der Beschuldigten in Frankreich bin ich sehr erleichtert. Dass der Geschädigte zwei Wochen nach der Messerstecherei an den Folgen verstarb, ist erschütternd.“

Die [willkommensfreudige Münchener Abendzeitung](#) kommentiert lapidar:

„Anmerkung der Redaktion: Da bei dieser Thematik erfahrungsgemäß nicht mit einer sachlichen und zielführenden Diskussion zu rechnen ist, sehen wir uns leider dazu gezwungen, die Kommentarfunktion für diesen Artikel zu deaktivieren“.

Es war allerdings nicht der einzige brutale Zuwanderer-Mord in der Münchner Innenstadt am Osterwochenende. Am Ostermontag wurde nur fünf Minuten vom Stachus entfernt ein 61-jähriger Hesse im A&O-Hostel von einem 22-jährigen „Franzosen“ brutal erstochen: „Es ging darum, wer [wo so eine Kleidung ablegen darf](#)“, erklärte Josef Wimmer, der Leiter der Münchner Mordkommission. Er hat derzeit alle Hände voll zu tun.

Am Ostersonntag stürmte mindestens ein muslimischer sprenggläubiger Somalier die ebenfalls fünf Minuten vom Stachus entfernte katholische St.-Pauls-Kirche unter Allahu-Akbar-Rufen und der Entzündung von Explosionsgegenständen – [PI-NEWS berichtete detailliert](#). 24 Menschen wurden bei der anschließenden Panik verletzt. Die Mainstream-Medien berichteten so gut wie nicht über die irrwitzige Attacke auf ein Münchner Gotteshaus und die Hintergründe – kurz nach dem Großbrand von Notre Dame. Warum wohl?

„Bayern ist sicher“ (CSU-Slogan) ... am Abgrund.



Magdeburg: Polizeibekannter Eritreer kommt frei und sticht auf Passanten ein

Von JOHANNES DANIELS | Magdeburgs Polizei hat seltsame „Bekannte“! Am 1. Mai sickerte die Meldung über die lebensgefährliche Attacke des „polizeibekannten“ Syrrers Bahar M. (34) auf die Abiturientin Levken, 18, und den couragierten Medizinstudenten Rami, 28, in einer Magdeburger Straßenbahn durch die Medien. Beide Opfer wurden von dem illegalen Merkel-Gast schwerst verletzt – mit unverzüglicher Einlieferung auf die Intensivstation ([PI-NEWS berichtete](#)). Die Magdeburger Polizei versäumte es allahdings, den muslimischen Täter nach dem ersten Angriff im April zu verhaften – weil die Verletzungen der Opfer den wohl medizinisch bewanderten Beamten „nicht so schwer erschienen“.

Jetzt hat die Polizei Magdeburg erneut einen gewalttätigen Merkel-Zombie festgenommen, der „[grundlos mit Flaschen auf mehrere Passanten](#)“ eingeschlagen und eingestochen hatte. Der 27-jährige schutzsuchende Eritreer soll für gleich zwei Attacken mit mehreren Verletzten an EINEM Abend verantwortlich sein. Doch auch dieser Intensivtäter wurde wieder sofort von der Magdeburger Polizei laufen gelassen. Der Umvolkungs-Wahnsinn hat durchaus System, nicht nur in Sachsen-Anhalt.

Magdeburger Verwerfungen: Polizeibeamte ließen Mehrfachtäter wieder laufen

Nach [Polizeiangaben griff der eritreische Ehrengast](#) des deutschen Steuerzahlers am Freitagabend kurz vor 22 Uhr zuerst einen unbeteiligten Passanten, 47, in der Magdeburger Innenstadt in der Otto-von-Guericke-Straße heimtückisch und arglistig von hinten an. Der Ostafrikaner hatte ihm dabei die Faust gegen den Kopf geschlagen und anschließend eine

Bierflasche direkt im Gesicht zertrümmert.

Mit der abgebrochenen Flasche habe er danach nach Stammessitte versucht, weiter auf sein Opfer einzustechen. Der Passant wurde schwer verletzt in die Uniklinik gebracht. Im Rahmen einer Fahndung konnte die Polizei den polizeibekanntem Täter noch in der Nacht stellen und einmal mehr vorübergehend zur Feststellung seiner diversen Personalien festnehmen.

Trotz der äußerst brutalen Tat wurde der Mann kurze Zeit später wieder von den Refugees Welcome-Beamten wohlbehalten auf freien Fuß gesetzt:

„Nach erfolgter Identitätsfeststellung sowie der Durchführung von Atemalkohol- und Drogenschnelltest (beides positiv) wurde der Mann vorerst nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft wieder aus dem Polizeigewahrsam entlassen“,

erklärt die Polizei später schriftlich ihr Vorgehen. Der Eritreer nahm dies wohl als gut gemeinte Aufforderung der Behörden, sein bestialisches Treiben in der Magdeburger Innenstadt gepflegt fortzusetzen.

Bumerang-Prinzip: Der zweite Streich der folgt sogleich

Um 2.24 Uhr – lediglich viereinhalb Stunden nach dem ersten brutalen Angriff – schlug der 27-Jährige nur 500 Meter entfernt vom ersten Tatort in Bahnhofsnähe wieder zu. Den Polizeiangaben nach habe er im Breiten Weg grundlos angefangen, auf eine Passantengruppe mit einer Bierflasche einzuschlagen und als diese zerbrochen war, damit wiederum auf einen Passanten einzustechen. Die archaischen Bekannten der Magdeburger Polizei pflegen durchaus außergewöhnliche Hobbys in ihrer raren Freizeit ...

Ein 32-jähriger Magdeburger wurde dabei am rechten Arm verletzt, ein anderer konnte den gezielten Stichen ausweichen. Die Polizei konnte erneut den Eritreer und seinen Gewalt-Kumpanen stellen. Wieder wurde der 27-Jährige vorläufig

festgenommen. Er „befinde sich noch immer in Polizeigewahrsam“, hieß es am Samstagnachmittag. Gegen ihn wird jetzt wegen Verdachts der gefährlichen Körperverletzung in zwei Fällen sowie versuchter gefährlicher Körperverletzung ermittelt.

Flaschenstecher attackiert Passanten, schreit „Nazis“ und wird dafür von Polizei chauffiert

Zufall oder Absicht? Nach neuesten Informationen handelt es sich bei dem Festgenommenen um exakt den Eritreer, der bereits im Februar und im März nach „Prügeleien“ auf dem Magdeburger Hasselbachplatz festgenommen wurde:

Denn bereits zweimal (!) war die Polizei am 28. Februar am Hasselbachplatz und Breiten Weg wegen des 25-jährigen Eritreers im Einsatz. Dieser hatte Passanten belästigt und attackierte die eingesetzten Polizisten, welche ihm daraufhin „Platzverweise“ aussprachen und ihn zwischen den beiden Vorfällen „sogar nach Hause führen“. Er griff unbeteiligte Passanten mit abgeschlagenen Flaschen brutal an und beleidigte seine großzügigen Gastgeber als „Nazis“. Der afrikanische Merkel-Ork war wohl bereits gut integriert und adaptierte schnell die Sitten und Gepflogenheiten der Systemparteien, der Mainstream-Medien, der „Kirchen“ und der radikalen SPD und AntiFa.

Dazu erklärte der Magdeburger Landtagsabgeordnete und innenpolitische Sprecher der AfD-Fraktion, Hagen Kohl, bereits im März: „Mir fehlt allmählich jedes Verständnis dafür, wie nachsichtig mit derartigen Verhaltensstörern selbst an eingestuftem ‚gefährlichen Orten‘ umgegangen wird. Der Mann hätte aufgrund der Umstände bereits nach dem ersten Vorfall nicht nach Hause, sondern in die Gewahrsamszelle gehört. Diesen dann aber zur Durchsetzung des Aufenthaltsverbotes auf Steuerzahlerkosten nach Hause zu fahren, von wo er sich wieder in Richtung der Aufenthaltsverbotszone bewegte, ist dem Bürger nicht mehr vermittelbar.“

Mario Lehmann, AfD-Fraktions-Sprecher für Recht und Verfassung, ergänzt dazu: „Noch vor ein paar Jahren wären solche Leute zu Recht in der Gewahrsamszelle gelandet, um unsere Bürger wirkungsvoll zu schützen. Heute ähnelt das politisch verordnete, polizeiliche Vorgehen sehr stark an Sozialpädagogen, die mit dem Verteilen von Plüschtieren und Abhalten von Sitzkreisen hilflos herumhantieren.“

Umvolkung pur: Magdeburger Polizei räumte Versagen in adäquatem Fall ein

Wer schützt die Bürger vor den „Schutzsuchenden“? Die gezielte Vorgehensweise der Magdeburger Behörden zum Schaden der Bevölkerung offenbart durchaus das stringente Tatmuster krimineller Wiederholungstäter: Am 18. April hatte der Syrer Bahar M. (34) zwei Menschen in einer Magdeburger Straßenbahn attackiert und schwer verletzt – die Abiturientin Levken und den Studenten Rami, der tapfer eingeschritten war. Die Polizei hatte den Verdächtigen zunächst dingfest gemacht und wusste, dass er wegen ähnlicher Fälle „hinlänglich bekannt“ war.

Doch tagelang ermittelten die staatlichen Mittäter nicht gegen den frei herumlaufenden Merkel-Gast und verharmlosten willkommenstrunken die mörderische Attacke. Die Landesregierung. Sachsen-Anhalt unter Ministerpräsident Reiner Haseloff (CDU) wird seit 2016 von einer „Großen Koalition“ aus CDU, SPD und Bündnis 90/Die Grünen „regiert“. Zuständiger Innenminister ist Holger Stahlknecht, 54 – natürlich von der linkslastigen System-CDU. Ein willfähriger „Knecht für Magdeburg“.

Am Freitag „entschuldigte“ sich Stahlknechts Polizeiführung in einer Pressekonferenz öffentlich für ihre Missetaten und räumte „schwere Ermittlungsfehler“ ein. Zumindest sollte es den Anschein kurz vor den EU-Wahlen dafür haben: So habe sich nach dem Vorfall im Krankenhaus „niemand aktiv nach dem Verletzungsgrad der beiden schwer verletzten Opfer erkundigt“. Die Staatsanwaltschaft sei nicht eingeschaltet und die nötigen

Ermittlungen nicht sofort in Gang gesetzt worden. Warum wohl? Scheinbar eine tragische Verkettung unglücklicher Umstände im Rahmen des „Experiments“.

Der bereits in NRW vielfach aktenkundige Intensivtäter Bahar M. hatte auch in Magdeburg schon mindestens einmal zugeschlagen. Nach ihm war dort sogar „öffentlich gefahndet“ worden.

Komplettversagen: Polizei „übersah“ eigenen Fahndungsaufruf

Der Magdeburger Polizeisprecher Frank Küssner bestätigte diese Vermutung: „Am 11. April gab es schon mal einen Angriff in einer Straßenbahn in Magdeburg. Gegen 12.50 Uhr wurde an diesem Tag ein 31-jähriger Mann aus Pakistan im hinteren Bereich der Straßenbahn Linie 9 von einem bisher unbekanntem Täter vermutlich arabischen Aussehens mehrfach geschlagen. Die Kriminalpolizei prüft, ob es einen Zusammenhang gibt und ob es eventuell derselbe Täter war.“

Dass es sich bei dem Schläger um Bahar M. handelt, liegt ganz offensichtlich auf der Hand: „Die Beschreibung des Täters ([„Glatze, Drei-Tage-Bart, vermutlich arabischer Phänotyp“](#)) trifft nach Augenzeugen-Berichten auch auf den Mann zu, der am 18. April nur wenige Minuten von diesem Tatort entfernt in der Straßenbahnlinie 6 zuschlug und zwei junge Menschen schwer verletzte.“

Die Magdeburger Polizei hatte am 16. April eine Öffentlichkeitsfahndung herausgegeben und nach einem Tatverdächtigen gesucht, der wie folgt beschrieben wurde: „männlich, ca. 34 – 40 Jahre alt, etwa 175 – 180 cm groß, schlanke Gestalt, Glatze, 3-Tage-Bart, vermutlich arabischer Phänotyp.“ Doch wohlwissentlich wurde auch dieser Fahndungsaufruf wieder ignoriert.

Hier noch von staatlicher Inkompetenz zu sprechen, wäre absolut fehl am Platz – die Behörden handelten evident mit direktem Vorsatz. Auch im Falle des eritreischen

„Flaschengeistes“ wird bereits wieder vertuscht und verharmlost. So titelt [BILD Regional](#): „Mann (27) attackiert zweimal Passanten mit kaputter Flasche“. Der „flüchtige Leser“ wird sich allerdings seinen Teil denken – klar dass Millionen Leser jetzt zu den Freien Medien „flüchten“ und sich die BILD-Druckauflage langsam aber sicher in „Richtung Süden“ verabschiedet – mit knapp [10 Prozent Auflagenverlust](#) zum Vorjahr!

Das aktuellste Magdeburger [Polizeiprotokoll der Schande im Wortlaut](#):

„Die Polizei hat in der zurückliegenden Nacht einen 27-jährigen Mann aus Eritrea wegen Verdachts der gefährlichen Körperverletzung in zwei Fällen vorläufig festgenommen. Der Mann befindet sich derzeit noch in Polizeigewahrsam.

Nach derzeitigem Ermittlungsstand soll der 27-Jährige zunächst gegen 21.55 Uhr in der Otto-von-Guericke-Straße grundlos von hinten mit der Faust gegen den Kopf eines 47-Jährigen geschlagen haben. Anschließend soll er den Geschädigten mit einer Bierflasche ins Gesicht geschlagen haben, wobei diese zerbrach. Mit der abgebrochenen Flasche hätte er danach versucht, auf den 47-Jährigen einzustechen, was durch einen Begleiter des Eritreers verhindert wurde.

Der Geschädigte musste später aufgrund seiner erlittenen Verletzungen ambulant in der Uniklinik behandelt werden. Im Rahmen von Fahndungsmaßnahmen konnte der Tatverdächtige gestellt werden. Nach erfolgter Identitätsfeststellung sowie der Durchführung von Atemalkohol- und Drogenschnelltest (beides positiv) wurde der Mann vorerst nach Rücksprache mit der Staatsanwaltschaft wieder aus dem Polizeigewahrsam entlassen.

Gegen 02.24 Uhr soll der Tatverdächtige wiederum grundlos angefangen haben, im Breiten Weg auf eine 5-köpfige Personengruppe mit einer Bierflasche einzuschlagen. Dabei

wurde ein 32-Jähriger am rechten Arm verletzt. Danach soll er mit der zwischenzeitlich zerbrochenen Bierflasche versucht haben, einen 31-Jährigen zu verletzen, was durch dessen Meidbewegungen misslang. Die informierte Polizei konnte den 27-Jährigen sowie seinen 16-jährigen Begleiter in Tatortnähe stellen. Auf Anordnung der Staatsanwaltschaft wurde der 27-Jährige vorläufig festgenommen und befindet sich derzeit noch im Polizeigewahrsam. Gegen ihn wird jetzt wegen Verdachts der Gefährlichen Körperverletzung in zwei Fällen sowie versuchter gefährlicher Körperverletzung ermittelt“.

In Magdeburg zumindest kommt der Begriff „Schandis“ definitiv nicht von „[Gendarmerie](#)“, sondern von „Schande“ (sehr beklagenswerter, empörender Zustand). Bei der letzten Bundestagswahl hatte die AfD dort noch 16,2 Prozent der Zweitstimmen. 83,8 Prozent der Wähler wollten es wohl genau so.



NRW: Messer-Großfamilien stechen aufeinander ein

Von MAX THOMA | All-(ah)-tag im Kalifat Mordrhein-Vandalien: Ausgerechnet am Freitag, dem Tag des „Herren“ und der neuen steuersubventionierten „Herrenmenschen“, kam es in verschiedenen NRW-Städten – respektive Shitholes – zu

„Verwerfungen“ mit mindestens fünf Schwerverletzten. [„Fehden“ \(Originalzitat WDR\)](#) zwischen mehreren Großfamilien in Köln, Unna und Kamen haben am Freitag die NRW-Polizei in Atem gehalten. Die Beamten stellten dabei zahlreiche Waffen sicher.

Fünf Schwerverletzte in Köln – Mann in Po gestochen

Im prekären Köln-Kalk gingen laut Polizei zwischen 15 und 20 Mitglieder zweier Großfamilien mit Stöcken und Messern aufeinander los. Die Streitenden trugen ihre eskalierenden Meinungsverschiedenheiten kurz nach 20 Uhr auf der Kalker Hauptstraße in Höhe der Kapellenstraße auf offener Straße aus, wie es sich für ein neuorientalisches Bevölkerungsgebiet geziemt. Einer der Beteiligten bekam einen Messerstich ins Gesäß, [erklärte ein Polizeisprecher](#) am Samstag. Die Schwerverletzten wurden in Kölner Krankenhäuser gebracht und werden nun auf Kosten des deutschen Steuerzahlers rekonvalesziert. Die Polizei nahm zwei Personen vorübergehend in Gewahrsam. Worum es bei dem Streit ging, wurde nicht bekannt.

Zu den Nationalitäten der Beteiligten konnte bzw. wollte die kultursensible nordrhein-westfälische Polizei am Samstag keine Angaben machen. Es ist auch nicht nötig. WeLT berichtet wie gewohnt unter [„Vermischtes / Panorama“](#) im Entertainment-Teil. Im [„Presseportal der Polizei Köln“](#) findet man dazu allahdings: Nichts.

Autoverfolgungsjagd mit Baseballschlägereinsatz in Unna und Kamen

[In Unna und Kamen kam es zu einem ähnlichen Einsatz](#), dort hatten schwer bewaffnete Mitglieder einer Großfamilie am Freitagmittag Angehörige eines „verfeindeten Clans“ in Autos verfolgt und bedroht. Demnach wurde in Unna ein „36 Jahre alter Autofahrer aus Castrop-Rauxel“ von einem weißen Kastenwagen bedrängt und in einem Kreisverkehr zum Halten gezwungen. Zwei Cöan-Kontrahenten sind danach ausgestiegen und

hatten mit einem Baseballschläger auf das Auto des 36-Jährigen eingeschlagen. Der „Castrop-Rauxeler“ versuchte daraufhin zu flüchten und legte den Rückwärtsgang ein.

Hier rammte ihn allerdings stilvoll ein silberfarbener Mercedes eines weiteren Clan-Mitgliedes. Der 36-Jährige konnte jedoch mit seinem stark beschädigten Auto über die Viktoriastraße flüchten, wobei der weiße Kastenwagen und der silberne Mercedes die Verfolgung aufnahmen. Im Rahmen der weiteren Verfolgung wurde das Fahrzeug des Castropers von dem weißen Transporter gerammt. Schließlich gelang es dem Verfolgten zur Polizeiwache Unna zu flüchten.

Zur exakt selben Zeit wurde ein 31 Jahre alter Autofahrer in Kamen Opfer einer Verfolgung. Hier fuhr ein 31-Jähriger im Bereich zwischen der Kreuzung Schattweg und der Kreuzung Zollpost, als ein schwarzer Audi versuchte, das Auto des Kameners abzudrängen. Noch während der Fahrt hatte ein Mitfahrer des schwarzen Audis mit einem Baseballschläger auf das Fahrzeug des 31-jährigen Mannes eingeschlagen. Doch die Abdrängversuche scheiterten, sodass er zur Autobahn-Polizeiwache im Bereich der Zollpost flüchten konnte. In beiden Fällen sollen Mitglieder der verfeindeten Familien aus dem ehemaligen Jugoslawien beteiligt gewesen sein, jedoch keine erzkatholische Kroaten, die am Freitag arbeiten müssen.

Die Polizei konnte alle Fahrzeuge ausfindig machen und vorübergehend sicherstellen. Zudem konnten sechs tatbeteiligte Personen festgenommen werden, berichtet die Polizei Kamen. Gegen die Festgenommenen laufen Ermittlungen wegen gefährlichen Eingriffs in den Straßenverkehr. Die Beamten stellten auch mehrere Schlag-, Hieb- und Stichwaffen sicher. Ob es zu Gefährdungen anderer länger-hier-noch-zahlender Verkehrsteilnehmer gekommen ist, kann zum momentanen Stand der Ermittlungen nicht gesagt werden, betonte die NRW-Polizei: Es wird weiter ermittelt.

In beiden Fällen sollen die Geschädigten übrigens mit

Schusswaffen bedroht worden sein, All-(ah)-tag im Kalifat NRW. „[DerWesten.de](#)“ schreibt von „Hetzjagden durch zwei Ruhrgebietsstädte“.



Prügel-Syrer: Abiturientin auf Intensiv, Nothelfer braucht Titanplatte im Kopf

Von EUGEN PRINZ | Bekanntermaßen sind in einigen Ländern des islamischen Kulturkreises auch heute noch drakonische Strafen wie Amputation von Gliedmaßen, Auspeitschen und sogar die [Kreuzigung](#) im Gesetz verankert. Als aufgeklärter Mitteleuropäer ist man von dieser Art des Strafvollzuges abgestoßen. Der Autor muss jedoch einräumen, dass ihm angesichts dessen, was Sie gleich lesen werden, die Frage durch den Kopf gegangen ist, ob solche Strafen möglicherweise die einzige Sprache sind, die Kriminelle aus diesem Kulturkreis verstehen.

Deutschland 2019: Wehe Du bist zur falschen Zeit am falschen Ort

[Magdeburg](#): Am Gründonnerstag gegen 13.30 Uhr sitzt die 18-jährige Gymnasiastin Levken in der Straßenbahn, hört mit dem Headset Musik und sieht aus dem Fenster. Aus den Augenwinkeln bemerkt die Schülerin eine Bewegung, dann steht plötzlich ein

Mann vor ihr und rammt ihr ohne Vorwarnung und ohne Grund die Faust ins Gesicht. Das Nasenbein und der linke Augenhöhlenring brechen, das Blut spritzt. Das Mädchen taumelt durch den Gang. Obwohl die anderen Fahrgäste geschockt sind, wagt keiner, dem Prügelopfer zu Hilfe zu kommen. Offenbar fürchten sich alle vor dem Gewalttäter, einem „Schutzsuchenden“ aus Syrien.

Bei der nächsten Haltestelle taumelt die Schwerverletzte auf die Straße. Der Angreifer will ihr nach, aber dann schreitet doch noch einer der Fahrgäste, ein 28-jähriger Medizinstudent, ein. „Geht’s noch?“, herrscht er den Syrer an. „Was willst Du?“, antwortet dieser und versetzt dem Nothelfer einen heftigen Schlag ins Gesicht. Die Straßenbahn ist plötzlich fast leer, die anderen Fahrgäste haben sie fluchtartig verlassen. Der Medizinstudent ruft um Hilfe, aber niemand kommt.

Allein mit dem Prügel-Syrer in der versperrten Straßenbahn

Und jetzt beginnt der Horrortrip für den 28-Jährigen. Die Türen der Straßenbahn schließen sich und er ist mit dem Prügel-Syrer alleine. Dieser schlägt minutenlang auf ihn ein. Als der Student am Boden liegt, folgen Tritte gegen den Kopf. Das Opfer versucht seinen Kopf so gut wie möglich zu schützen, doch das gelingt nicht. Die Haut platzt auf und Blut fließt aus drei Kopfwunden. Die Vorderwand der Stirnhöhle bricht.

Erst als an der nächsten Haltestelle ein Polizeibeamter einsteigt, hat die Gewaltorgie ein Ende. Der Beamte ist nicht im Dienst, schreitet aber trotzdem pflichtgemäß ein. Bei der Festnahme leistet der Syrer Widerstand und muss gefesselt werden. Trotz der schweren Verletzungen der Opfer und obwohl der Schläger bereits polizeibekannt ist, kommt er nicht in Untersuchungshaft, sondern wird in die Psychatrie eingeliefert, weil er damit droht „sich und anderen zu schaden“. Und dann passiert das unfassbare: Der Prügel-Syrer entlässt sich am nächsten Tag selbst und spaziert ungehindert in die Freiheit.

Polizei verneint Haftgründe

Die Polizeiinspektion Magdeburg erklärt, dass das Vorliegen von Haftgründen von den Beamten vor Ort verneint worden sei. In der Pressemitteilung war beschwichtigend nur von einem „Armbruch“ die Rede, den es jedoch nie gegeben hatte.

Allerdings hatte die Magdeburger Polizei ihre Rechnung ohne die Familie der Studentin gemacht. Diese setzte alle Hebel in Bewegung, ging an die Öffentlichkeit und hatte schließlich Erfolg. Die Verletzungen der beiden Opfer wurden von Rechtsmedizinern begutachtet und als „potenziell lebensbedrohlich“ eingestuft. Auf Antrag der Staatsanwaltschaft erließ das Amtsgericht Magdeburg am 26. April, also acht Tage nach der Prügelattacke, einen Haftbefehl. Der Schläger konnte noch am selben Tag in Magdeburg festgenommen werden und sitzt jetzt in U-Haft.

Wie bekannt wurde, handelt es sich bei dem Täter um einen 34-jährigen Syrer, der bereits in Nordrhein-Westfalen Prügelorgien veranstaltet hat. Zu Einzelheiten wollte sich ein Sprecher der Polizei nicht äußern. Pressemitteilungen dazu gibt es ebenfalls nicht.

Kommentar: Wenn Sie sich, lieber Leser, jetzt fragen, warum dieses Individuum noch in Deutschland ist, dann sind Sie wahrscheinlich nicht alleine. Ebenfalls werden Sie in guter Gesellschaft sein, wenn Sie sich fragen, wie lange wir uns das alles eigentlich noch gefallen lassen sollen. Eine Gelegenheit, „denen da oben“ zu zeigen, dass jetzt das Maß voll ist, bietet die Wahl zum Europäischen Parlament.



Rüsselsheim: Wilde Schießerei zwischen zwei Migrantenc clans

Von EUGEN PRINZ | Während die Regierung der Tschechischen Republik ein [verfassungsmäßiges Recht auf Waffenbesitz](#) einführt, weil sie „die eigenen Leute nicht in einer Zeit entwaffnen will, in der sich die Sicherheitslage ständig verschlechtert“ (0-Ton tschechischer Innenminister), ist die deutsche Bundesregierung seit Jahren bemüht, die Anzahl der legalen und illegalen Waffen im Besitz der indigenen Bevölkerung zu reduzieren. Jäger und Sportschützen werden mit immer strengeren Auflagen und höheren Hürden konfrontiert und es gab bereits zwei [Amnestien](#) für jene, die noch Opas Wehrmachtspistole zuhause hatten und sie freiwillig abgaben. Hundertausende Deutsche haben diese Möglichkeit genutzt.

Und während die indigene Bevölkerung entwaffnet wird, bzw. sich selbst entwaffnet, müssen wir erfahren, dass es offenbar immer mehr Schusswaffen in den Händen von kriminellen Migrantenc clans gibt, die diese auch bereit sind, [bei Konflikten rücksichtslos zu benutzen](#).

Wildwest in Rüsselsheim dank krimineller Migrantenc clans

Am Samstag gegen 4 Uhr früh, wurden die Anwohner der Bahnhofstrasse in Rüsselsheim durch zahlreiche Schüsse geweckt, als sich Angehörige einer türkischen Großfamilie eine [wilde Schießerei](#) mit einer kurdischen Großfamilie lieferten. Die etwa 30 Personen waren zunächst in einer Bar in der

Bahnhofstraße aus trivialem Anlaß in Streit geraten. Dem Vernehmen nach sind die beiden Clans schon länger verfeindet. Dieses Mal eskalierte die Auseinandersetzung dann zur Schießerei. Ein Mann erlitt einen Streifschuss, daneben wurden noch zwei PKW durch Schüsse beschädigt und eine Fensterscheibe zerstört. Auch eine Hauswand weist Einschusslöcher auf. Nur dem Zufall ist es zu verdanken, dass es keine Toten gab.

Als die Polizei eintraf, flohen die Beteiligten in Richtung Waldstraße. Daraufhin wurde das Gebiet in der Rüsselsheimer Innenstadt weiträumig abgesperrt und von Ermittlern den ganzen Samstag nach über nach Spuren durchkämmt. Dabei konnten mehrere leere Patronenhülsen gefunden werden. Die beschädigten Fahrzeuge wurden zur Spurensicherung abgeschleppt. Ein Sondereinsatzkommando durchsuchte insgesamt neun Wohnungen, die benutzten Waffen konnten jedoch nicht gefunden werden.

Als Hauptverdächtiger gilt ein 28-jährigen Kurde mit deutschem Pass. Gegen ihn wurde Haftbefehl wegen eines versuchten Tötungsdeliktes erlassen. Er bestreitet die Tat. Die Polizei nahm auch noch 14 weitere Beteiligte im Alter zwischen 13 und 53 Jahren vorläufig fest. Diese sind jedoch mittlerweile alle wieder auf freiem Fuß, da man ihnen nichts konkretes nachweisen konnte.

Beruhigungspille für die Bevölkerung

Die Polizei will nun ihre Präsenz erhöhen und mit Unterstützung der Bereitschaftspolizei und Spezialkräften die bereits bestehenden Sicherheitsmaßnahmen intensivieren. Die Kontrollmaßnahmen gegen die Straßenkriminalität werden verstärkt.

Was wird das nützen? Gar nichts. Die türkischen, kurdischen und arabischen Familienclans, deren Anteil an kriminellen Mitgliedern bereits letztes Jahr [auf über 200.000](#) geschätzt wurde und die überwiegend die deutsche Staatsbürgerschaft besitzen, sind längst ein Staat im Staate. Ihre Zahl wird

weiter anwachsen und es dürfte für sie aufgrund ihrer Verbindungen kein großes Problem sein, an illegale Waffen zu kommen. Wie man sie vor der Polizei versteckt, wissen die kriminellen Clanmitglieder.

Im letzten [Travel and Tourism Competitiveness Report](#), der alle zwei Jahre erscheint, ist Deutschland 2017 im Sicherheitsranking auf Platz 51 zurückgefallen und liegt nun zwischen der Mongolei und Gambia. Zum Vergleich: 2009 lag Deutschland noch auf dem dritten Platz.

Was will uns das sagen?